

Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 12.09.2012
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Magdalene Garvert Rhede

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Ludwig Artmeyer	Bocholt	
Josef Berghaus	Schöppingen	
Reinhard Böcker	Ahaus	
Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Heinrich Lübbering	Vreden	
Johannes Maus	Velen	Vertretung für Herrn W. Stilkenbäumer
Norbert Oenning	Borken	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Maja Saatkamp	Borken	
Markus Schulte	Gronau	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Alfons Wissing	Schöppingen	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Roland Schulte
Edith Gülker
Kordula Blickmann
Stefan Pelz
Richard Riedel
Burkhard Venhues
Peter Nattefort

Gast:

Peter Kleyboldt Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH

Es fehlt entschuldigt:

Wilhelm Stilkenbäumer Reken

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Magdalene Garvert eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Besonders begrüßt sie Herrn Peter Kleyboldt, Geschäftsführer der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH (egw), der zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes berichten wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Frau Garvert die Anwesenden, sich von Ihren Plätzen zu erheben und still des vor wenigen Tagen verstorbenen Ausschussmitglieds Friedhelm Weikamp zu gedenken.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises Borken Vorlage: 0241/2012

Frau Garvert weist darauf hin, dass die Sitzungsvorlage und der Entwurf der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes als Tischvorlage ausgelegt sind (Anlage 1 zur Niederschrift).

Herr Kleyboldt berichtet anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist. Nach Ende des Vortrages dankt ihm Frau Garvert für seine Ausführungen und leitet die Diskussion ein.

Herr M. Schulte stellt fest, der Kreis Borken sei mit seiner Entsorgungsgesellschaft bestens aufgestellt. Skeptisch habe ihn jedoch gestimmt, dass die Gesamtabfallmenge in den vergangenen Jahren konstant geblieben sei. Er hebt hervor, die Abfallvermeidung sei die wesentliche Aufgabe, der sich alle Beteiligten zu stellen hätten. Frau Saatkamp bestätigt dies und fordert mehr Öffentlichkeitsarbeit in der Abfallwirtschaft, insbesondere zur Abfallvermeidung und zur getrennten Wertstoffsammlung. Herr Kleyboldt stimmt dem zu und berichtet, der Aufsichtsrat der egw habe jüngst beschlossen, in diesem Bereich verstärkt tätig zu werden. So sei kurzfristig eine Überarbeitung der Internetplattform und eine Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit für Schulklassen beabsichtigt.

Auf Frage von Herrn Krasenbrink hebt Herr Kleyboldt die Schwerpunktsetzung in Richtung einer vermehrten Wiederverwertung von Abfällen als wesentlichen Aspekt der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes hervor.

Zu der Einführung einer Wertstofftonne berichtet Herr Kleyboldt über Modellprojekte, die ergeben hätten, dass dieses System der Wertstoffsammlung derzeit noch nicht kostendeckend zu betreiben sei. Erst wenn die Märkte gesicherte Absatzmöglichkeiten böten, bestehe ausreichende Planungssicherheit, um diesen Schritt zu gehen.

Auf Nachfrage von Herrn Fischer verdeutlicht Herr Kleyboldt, Grundlage für das Abfallwirtschaftskonzept sei aufgrund abfallrechtlicher Vorgaben die kommunale Abfallwirtschaft; betroffen seien also überlassungspflichtige Abfälle aus privaten Haushalten. Gewerbeabfälle seien nicht Gegenstand des Konzeptes. Für diese Abfälle seien die verursachenden Betriebe selbst verantwortlich.

Herr Artmeyer ist mit der Formulierung des Beschlussvorschlages in der Sitzungsvorlage nicht einverstanden. Aufgrund seiner Einwände schlägt Herr R. Schulte vor, den Beschlusstext insoweit abzuändern, dass der Ausschuss dem vorliegenden Fortschreibungs-

entwurf nicht zustimmt, sondern diesen zur Kenntnis nimmt. Der Ausschuss folgt diesem Vorschlag.

Beschluss: einstimmig

1. Der der Sitzungsvorlage beigefügte Entwurf der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Kreis Borken für die Jahre 2012 - 2016 wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem vorgeschlagenen Verfahren zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Beteiligungsverfahren für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden einzuleiten.

Punkt 2: **Gewerbliche Tierhaltung; Informationen über den Stand des Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung des § 35 BauGB - Bauen im Außenbereich -**
Vorlage: 0218/2012

Der Ausschuss einigt sich, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 insgesamt zu beraten, da sie inhaltlich in engem Zusammenhang stehen.

Herr Riedel stellt den Kabinettsentwurf zur Änderung des § 35 BauGB anhand eines Folienvortrages vor. Dabei geht er auch auf die Branchenvereinbarung ein, die in Kürze von allen Beteiligten unterzeichnet werden soll. Der Vortrag Herrn Riedels liegt der Niederschrift als Anlage 3 bei.

Frau Garvert dankt Herrn Riedel für den Vortrag und würdigt ausdrücklich die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Berufsstand der Landwirte im Rahmen der Erarbeitung der Branchenvereinbarung.

Frau Saatkamp unterstreicht die von Herrn Riedel vertretene Auffassung, der vorliegende Gesetzesentwurf reiche nicht aus, um eine rechtssichere und an den Zielen des Gesetzgebers orientierte Regelung zu treffen. Sie begrüßt, dass die Verwaltung über den Landkreistag entsprechend Stellung genommen habe.

Herr Riedel betont, der vorliegende Kabinettsentwurf stelle sicher nicht die endgültige Fassung der Gesetzesänderung dar. Von den kommunalen Spitzenverbänden werde zurzeit eine bundesweit abgestimmte Stellungnahme erarbeitet. Auch von anderen Stellen sei Initiative ergriffen worden, um auf das Gesetzgebungsverfahren einzuwirken.

Frau Tanjsek begrüßt die Stellungnahme der Kreisverwaltung an den Landkreistag zur BauGB-Änderung. Sie fragt, ob für gewerbliche Stallbauten nicht ähnlich wie für die Windkraft Vorrangzonen festgelegt werden könnten. Herr Riedel erläutert, die Planungshoheit obliege den Kommunen im Rahmen der Selbstverwaltung. Eine Ausweisung von Zonen über die Angebotsplanung berge aus seiner Sicht die Gefahr, dass fremde Investoren in den Raum drängen könnten. Dies würde durch Beispiele aus anderen Regionen belegt.

Herr M. Schulte fasst zusammen, sowohl die Änderung des BauGB als auch die Branchenvereinbarung wiesen Stärken und Schwächen auf. Die großen Stallbauvorhaben im Kreis Borken hätten sich ausnahmslos aus landwirtschaftlichen Betrieben heraus entwickelt. Diese Entwicklung sei durch die Nachfrage bestimmt. Er hebt hervor, bezüglich der Vorhaben in Siedlungsnähe sei ein Dialog wichtig, um die widerstrebenden Interessen abzustimmen. Insofern werde die CDU-Fraktion die Branchenvereinbarung unterstützen.

Herr Böcker warnt, die Anknüpfung der planungsrechtlichen Privilegierung an Schwellenwerte könne dazu führen, dass vermehrt Betriebsteilungen vorgenommen werden, um die festgelegten Schwellen zu umgehen. Auf Ebene der Kreise könne man an den weichen Faktoren arbeiten. Insofern habe man mit der Branchenvereinbarung den richtigen Weg eingeschlagen.

Auch Herr Berghaus unterstützt die Branchenvereinbarung.

Herr Artmeyer bekräftigt, dass die in der Branchenvereinbarung vorgesehenen abstimmen- den Gespräche zwischen den Beteiligten positiv seien. Allerdings bedauere er, dass ein Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN mit weitergehenden Forderungen hinsichtlich der Reglementierung von Großstallbauvorhaben vom Bundestag abgelehnt wurde. Er unterstütze die Branchenvereinbarung, sei aber der Ansicht, dass keine Wirkungen erzielt würden, solange der Bundesgesetzgeber nicht tätig werde.

Frau Seidensticker-Beining bestätigt, der Aspekt des „Miteinander-Redens“ aus der Branchenvereinbarung sei wichtig. Sie sei in Sorge um die Zukunft des regionalen Landschaftsbildes. Die Absichtserklärungen aus der Vereinbarung seien nicht belastbar genug, um dem Druck der Landwirtschaft entgegen stehen zu können. Die SPD-Fraktion beantrage, die Branchenvereinbarung zur Kenntnis zu nehmen und die Worte „begrüßt und zustimmend“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen. Rechtlich hätten diese Worte ohnehin keine Bedeutung.

Herr M. Schulte entgegnet, die Veränderungen hin zu einem vermehrten Maisanbau im Kreis Borken hingen wesentlich von gebietsbedingten Einflussfaktoren ab. Die Branchenvereinbarung und der mit ihr vereinbarte Dialog seien momentan die einzig richtige Wahl.

Auf Frage von Frau Saatkamp erläutert Herr Riedel, bereits jetzt seien Effekte aus den Bestrebungen hinsichtlich der Branchenvereinbarung zu verzeichnen. Als Beispiel nennt er einen Fall aus der Gemeinde Südlohn, bei der nach einer Unwirksamkeit eines Bebauungsplanes eine scheinbar ausweglose Situation durch Gespräche gelöst werden konnte. Er betont, die Planungskompetenz der Gemeinden werde nicht abgegeben, vielmehr bestünden durch die Branchenvereinbarung Möglichkeiten zum Interessenausgleich.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt die Ausführungen zum Stand des Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung des § 35 BauGB zur Kenntnis.

Punkt 3: Branchenvereinbarung Landwirtschaft
Vorlage: 0189/2012

Siehe Ausführungen zu Sitzungsvorlage 0218/2012 (TOP 2 der Sitzung).

Nach kurzer weiterer Diskussion über den Wortlaut des Beschlusses einigt sich der Ausschuss darauf, dem Antrag Frau Seidensticker-Beinings zu folgen und die Worte „begrüßt und zustimmend“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen, um durch einen einstimmigen Beschluss ein Signal zu setzen.

Beschluss: einstimmig

Die Branchenvereinbarung Landwirtschaft – Städte und Gemeinden im Kreis Borken wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4: Controllingbericht zum 30.06.2012
Vorlage: 0219/2012

Eine Frage Herrn Fischers richtet sich auf die Ersatzmaßnahmen nach dem Landschaftsgesetz. Herr R. Schulte legt dar, dass permanent Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen realisiert würden. Hierzu zählten unterschiedlichste Maßnahmen in und an Naturschutzgebieten. So werde z.B. das Berkelaunenprogramm unter Einwerbung von Landesmitteln nahezu ausschließlich mit Hilfe der Ersatzgelder realisiert. Dadurch gelinge es, trotz aller Flächenknappheit unter Mitwirkung der Flurbereinigungsbehörde für die dortige Landwirtschaft akzeptable Lösungen zu erreichen.

Frau Saatkamp erkundigt sich nach den Ursachen für den Anstieg der Erlaubnisverfahren zum Einbau von Recycling-Material und nach möglichen Risiken. Herr R. Schulte antwortet, der Anstieg der Fallzahlen sei einerseits auf die vermehrte Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen: Es sei bekannter geworden, dass solche Maßnahmen einer Erlaubnis bedürfen. Außerdem habe es in jüngster Zeit zahlreiche Anträge zum Wegebau aus dem Bereich der Forstwirtschaft gegeben. Durch die Erlaubnisverfahren sei jedoch sichergestellt, dass von den Materialien keine negativen Auswirkungen für die Umwelt ausgingen. Herr M. Schulte erinnert daran, dass Recycling-Materialien heute zu zertifizieren seien und daher eine geeignete Verwendung gewährleistet sei.

Herr Artmeyer bittet darum, im Ausschuss für Umwelt über die Thematik „Einbau von Recycling-Materialien“ zu berichten. Herr R. Schulte kündigt an, dies werde in einer der kommenden Sitzungen erfolgen.

Frau Seidensticker-Beining hinterfragt, warum die im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 für das Projekt „energetisch wirtschaften“ bereitgestellten Mittel nicht in Anspruch genommen werden. Frau Gülker erinnert daran, dass bei der seinerzeitigen Beschlussfassung im Ausschuss für Umwelt darauf hingewiesen wurde, zunächst die Notwendigkeit des Mitteleinsatzes zu prüfen. In Gesprächen mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft habe sich herausgestellt, dass das Bundesumweltministerium aus dem Programm „Energieeffizienzimpulsgespräche“ Mittel für eine kostenlose Einstiegsberatung zu energetischen Einsparmöglichkeiten für kleine und mittelständische Unternehmen bereitstellt. Allerdings, so Frau Gülker weiter, würden die Erwartungen hierzu bislang nicht gedeckt, so dass eventuell flankierend andere Maßnahmen erforderlich werden könnten.

Auf Frage von Herrn Fischer erläutert Herr R. Schulte, die Mittel für die externe Begleitung der Erdgasförderung würden momentan noch nicht benötigt. Jedoch könne zu einem späteren Zeitpunkt noch Bedarf für fachliche Beratung bestehen.

Die Ergebnisse des Controllingberichtes zum 30.06.2012 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 5: Aufstellungsbeschluss zum Landschaftsplan "Südlohn"
Vorlage: 0187/2012

Herr R. Schulte erläutert die Thematik anhand der Sitzungsvorlage. Die Bezirksregierung sei an den Kreis herantreten, um die räumlich bestehenden Lücken in der Landschaftsplanung zu schließen. Hintergrund seien die im Bundesnaturschutzgesetz festgeschriebenen Verpflichtungen zum Biotopverbund. Das Land fördere – anders als bisher - die bei der Planerarbeitung entstehenden Personalkosten mit 80%.

Herr R. Schulte hebt ausdrücklich hervor, dass die Kreise und kreisfreien Städte Träger der Landschaftsplanung seien und die Initiative von ihnen ausgehen müsse. Dabei sei es im

Kreis Borken gängige Praxis, zuvor in den Kommunen Zustimmung zur Landschaftsplanung zu erzielen. Die nun mögliche Landesförderung stelle eine wesentliche Erleichterung dar.

Auf Wunsch von Frau Tanjsek soll der Niederschrift eine Kartendarstellung zum Stand der Landschaftsplanung im Kreis Borken beigelegt werden. (Siehe Anlage 4 zur Niederschrift.)

Frau Seidensticker-Beining erkundigt sich, ob sich der Bau von geplanten Umgehungsstraßen durch die Landschaftsplanung verzögern könnte. Herr R. Schulte verneint dies. Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens hätten die Träger öffentlicher Belange (in diesem Fall der Landesbetrieb Straßen.NRW) Gelegenheit, ihre jeweiligen Planungen mitzuteilen. Diese würden dann bei der Erarbeitung des Landschaftsplanes berücksichtigt.

Auf Frage von Herrn Artmeyer bekräftigt Herr R. Schulte, auch für die anderen bislang nicht von der Landschaftsplanung erfassten Bereiche des Kreises Borken sollen in näherer Zukunft Aufstellungsbeschlüsse gefasst werden. Hierzu habe man bereits erste Abstimmungsgespräche mit den jeweiligen Kommunen geführt.

Beschluss: einstimmig

- a) Die Aufstellung des Landschaftsplanes „Südlohn“ wird beschlossen.
- b) Der Landschaftsplan „Südlohn“ umfasst folgende Grundstücke (siehe Kartendarstellung, Anlage):
 - Gemarkung Oeding, Fluren 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20 und 21
 - Gemarkung Südlohn, Fluren 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28 und 29
- c) Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Punkt 6: Aufstellungsbeschluss zum Landschaftsplan "Ahaus"
Vorlage: 0188/2012

Beschluss: einstimmig

- a) Die Aufstellung des Landschaftsplanes „Ahaus“ wird beschlossen.
- b) Der Landschaftsplan „Ahaus“ umfasst folgende Grundstücke (siehe Kartendarstellung, Anlage):
 - Gemarkung Ahaus, Fluren 1, 2, 3, 4, 13, 25, 26, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43 und 44
 - Gemarkung Alstätte, Fluren 27, 28 und 29
 - Gemarkung Ottenstein, Fluren 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 und 12
 - Gemarkung Wüllen, Fluren 1, 2, 3, 4, 5, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40 und 41
 - Gemarkung Wessum, Fluren 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 68 und 69
- c) Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Punkt 7: Nachbesetzung im Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde
Vorlage: 0096/2012

Beschluss: einstimmig

Dem Kreistag wird empfohlen, als Nachfolger für Herrn Georg Heisterkamp als stellvertretendes Mitglied in den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde zu wählen:

Herrn
John Horstkamp
Raesfelder Str. 47
46325 Borken

Punkt 8: Landstrom Kreis Steinfurt
Antrag der SPD-Fraktion v. 26.08.2012
Vorlage: 0216/2012

Frau Seidensticker-Beining teilt mit, vor Beschlussfassung solle die Berichterstattung des Landrates über das in der Stellungnahme der Verwaltung angesprochene Gespräch mit den Stadtwerken aus dem Kreisgebiet am 02.10.2012 abgewartet werden.

Beschluss: Ohne Beschlussempfehlung weitergegeben

Punkt 9: Mitteilungen der Vorsitzenden

keine

Punkt 10: Mitteilungen der Verwaltung

Herr R. Schulte kündigt an, die Verwaltung wolle bei einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Umwelt das im Auftrag des Umweltministeriums erstellte Risikogutachten zum Fracking vorstellen lassen.

Zu den geplanten Kiesabgrabungen im südwestlichen Kreisgebiet teilt Herr R. Schulte mit, im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes ermittle die Bezirksplanungsbehörde momentan den zukünftigen Kiesbedarf. Weiter informiert Herr R. Schulte, der Kreis lasse sich in der Angelegenheit von einer renommierten Kanzlei beraten. Wie bereits angekündigt, werde die Verwaltung in Kürze an die aus der Region stammenden Mitglieder des Regionalrates herantreten, um diese umfassend zu informieren.

Herr R. Schulte informiert, die Stromnetzbetreiber versuchten, mit dem Netzentwicklungsplan Strom 2012 (NEP 2012) erstmals den Ausbaubedarf im Höchstspannungsnetz für die kommenden zehn Jahre festzustellen. Hierzu seien lediglich die Bezirksregierungen in die Diskussion einbezogen worden. Diese hätten ihrerseits von einer Beteiligung der Kreise und

kreisfreien Städte abgesehen. Da offenbar eine weitere Höchstspannungsleitung das Kreisgebiet tangieren soll, habe der Kreis Borken bereits eine erste Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan abgegeben. Die Fraktionen seien hierüber informiert worden. Derzeit werde die Planung von der Kreisverwaltung intensiv geprüft, um gegebenenfalls bis zum Fristende eine weitere Stellungnahme abzugeben. *Informationen zum Netzentwicklungsplan 2012 können im Internet unter folgender Adresse aufgerufen werden:*

http://www.netzausbau.de/cln_1931/SharedDocs/Termine/DE/Konsultationen/2012/120906_konsultation-nep

Zur Naturparkschau 2012 berichtet Herr R. Schulte, fast 25.000 Menschen hätten die ersten drei Festivals besucht. Er lädt ausdrücklich ein, das Parkfestival „Lebendiges Land“ am 30.09.2012 in Velen und Raesfeld zu besuchen.

Frau Gülker erinnert daran, dass der Ausschuss für Umwelt im Juni 2011 die Teilnahme am „European Energy Award“ (EEA) beschlossen habe. Sie teilt mit, am 10.09.2012 habe das Auftaktgespräch mit dem erweiterten Energieteam (Politik und Verwaltung) und dem externen Berater stattgefunden. Eine Ist-Analyse und eine Bilanzierung sollen bis Ende 2012 abgeschlossen sein. Ziel sei es, im Herbst 2013 die Auszeichnung mit dem EEA zu erlangen. Die von der Fachhochschule Münster im Auftrag der Bezirksregierung Münster erstellte „Handlungsleitlinie zur CO₂-Reduzierung im Münsterland“ liege nunmehr vor und werde in Kürze auf der Internetseite des Kreises Borken abrufbar sein. Die Ergebnisse dieser Leitlinie, so Frau Gülker weiter, werden in den EEA-Prozess eingespeist.

Frau Gülker weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Kreis Borken im Münsterland als erster Kreis ein Klimaschutzkonzept beschlossen habe. Auch bundesweit seien für Regionen bisher kaum vergleichbare Konzepte erarbeitet worden. Die im Klimaschutzkonzept vorgelegte CO₂-Bilanzierung solle nun aktualisiert werden.

Herr R. Schulte informiert, am 23.10.2012 finde in Dülmen das Politikforum der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte (AGFS) statt. Die Ausschussmitglieder seien zur Teilnahme eingeladen. Bei Interesse möge man sich an die Verwaltung wenden.

Punkt 11: Anfragen

Punkt 11.1: Immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren in der Tierhaltung Anfrage der SPD-Fraktion v. 26.08.2012 Vorlage: 0215/2012

Die aufgeworfenen Fragestellungen sind teilweise durch die Ausführungen Herrn Riedels zu TOP 2 beantwortet worden. Zusätzlich liegt eine Stellungnahme der Verwaltung als Tischvorlage aus, die der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt ist.

Zur gemeindegemäßen Auswertung der genehmigten und geplanten Tierplatzzahlen (Lfd. Nr. 4 der Anfrage) teilt Frau Tanjsek mit, dass zunächst auf detailliertere Zahlen verzichtet werde.

Punkt 11.2: "Ziel 2 - Programm - Erlebnis NRW" Anfrage der SPD-Fraktion v. 26.08.2012 Vorlage: 0214/2012

Herr R. Schulte informiert, die Projektlaufzeit sei grundsätzlich bis 31.10.2012 befristet, eine Verlängerung des Durchführungszeitraums bis 31.10.2013 sei jedoch soeben von der Bezirksregierung bewilligt worden. Bis Ende Oktober 2012 würden voraussichtlich 2,18 Mio.€

verausgabt (bewilligt waren 2,61 Mio.€). Die entsprechende Förderung betrage bis Ende Oktober 2012 1,74 Mio.€ (bewilligt waren 2,09 Mio.€). Nicht realisiert wurden bislang die Info-Elemente am Rünenberger Venn, der immerwährende Kalender und das Buch Naturführung. Die Gründe für die Verzögerungen lägen zunächst in der verspäteten Bewilligung, außerdem in den jahreszeitlich eingeschränkten Bauzeiten sowie der zu geringen Personalkostenförderung. Es seien überwiegend Planungsbüros und Firmen aus dem Kreis Borken beauftragt worden. Die Zusammenarbeit sei als gut bis hervorragend zu charakterisieren. Auch die Kooperation mit den Kommunen habe sich als sehr gut erwiesen.

Punkt 11.3: Sicherheitsbestimmungen für Güllebehältnisse
Anfrage der Fraktion B90/Die Grünen v. 03.09.2012
Vorlage: 0237/2012

Frau Garvert weist auf die als Tischvorlage bereitgestellte Stellungnahme der Verwaltung hin (Anlage 6 zur Niederschrift).

Auf Frage von Herrn Böcker unterstreicht Herr Pelz, die in der Stellungnahme angesprochenen Gewässerverunreinigungen seien nicht aus dem Prozess der Gaserzeugung in den Biogasanlagen, sondern infolge des Umgangs mit Silagen und daraus resultierendem Sickerwasser entstanden.

Frau Garvert schließt die Sitzung um 19:55 Uhr.

Magdalene Garvert

Peter Nattefort